



Hauptschriftleitung: Mühlendorf, Bräugasse 2-4, Tel. 311 und 676. Geschäftsstellen und Anzeigenannahmestellen: Mühlendorf, Stadtplatz 29, Tel. 311 und 676; Neumarkt-St.Vett: Buchdruckerei O. Döring, Tel. 206; Kraiburg: Buchdruckerei Thomas Hartig, Tel. 102; Waldkraiburg: Buchhandlung Wagner, Tel. 661, v. Ignath, Kirchenstr. 13; Buchbach: Agentur L. Baumann; Töging: Buchhandlung Fischer, Tel. 9210. - Erscheint jeden Montag, Mittwoch und Freitag. Monatlicher Bezugspreis: Selbstabholung DM 2.70. Trügerzustellung DM 3.00. Bei Postbezug: Selbstabholung DM 2.70, mit Postzustellung DM 2.97, im Einzelverkauf 20 Dpf. Wochenendausgabe 30 Dpf. Verlagspostamt Mühlendorf. Anzeigen lt. aufliegender Preisliste.

Nr. 132 Kath.: Allerseelen, Hubert / Karl B. Montag, 3. / Dienstag, 4. November 1958 Evang.: Allerseelen / Emmerich 87. Jahrgang

## Europäischer Wohnungsbaurekord der Bundesrepublik

Bonn. (dpa) Die Bundesrepublik hat auch im vergangenen Jahr mehr Häuser je tausend Einwohner gebaut als irgendein anderes Land in Europa. Dies geht aus einer am Wochenbeginn in Bonn bekanntgewordenen Untersuchung der europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) hervor. Der Bericht weist darauf hin, daß die Bundesrepublik diese europäische Rekordhöhe hält, wiewohl die Zahl der 1957 fertiggestellten Häuser etwas geringer als im vorhergegangenen Jahre war. Zugenommen hat sowohl die Zahl der Wohnräume als auch die Quadratmeterzahl, zu einem großen Teil durch mehr Eigenheimbau. Dagegen verzeichneten die Sowjetzone, Jugoslawien und Portugal trotz des großen Bedarfs die niedrigste Bautätigkeit in Europa.

Im Gesamtbereich der ECE sind 4,3 Millionen Wohnungen gebaut worden, was einer Zunahme um 16 v. H. gleichkommt. Der Bericht verzeichnet auch eine stark ansteigende Bautätigkeit in den osteuropäischen Ländern, wobei auf die Sowjetunion mehr als die Hälfte aller europäischen Wohnungsbauvorhaben entfallen.

## Neuer Aetherkrieg zwischen Israel und Araberstaaten

Israel wird vorgeworfen, es wolle in Jordanien einmarschieren

Bagdad/Jerusalem. (dpa) Zwischen Israel und den arabischen Staaten ist es zu einem neuen Aetherkrieg gekommen, der die verstärkten Spannungen widerspiegelt, die anlässlich des zweiten Jahrestages der Suezkrise offenbar wurden.

Radio Bagdad meldete am Samstag unter Bezugnahme auf Zeitungsberichte aus Kairo, zwischen den arabischen Staaten fänden zur Zeit wichtige Besprechungen über Maßnahmen gegen die von arabischer Seite behaupteten israelischen Truppenansammlungen längs der Demarkationslinie mit Jordanien statt. Die Vereinigte Arabische Republik und der Irak planten gemeinsame Maßnahmen gegen die angeblichen israelischen Truppenbewegungen. Der nach dem Umsturz im Irak zwischen beiden Ländern abgeschlossene Verteidigungspakt gewinne dadurch neue Bedeutung, denn jeder Versuch Israels, sich des westlichen Jordans zu bemächtigen, würde die Truppen beider Staaten mobilisieren. Der Irak nehme heute nicht mehr die laue Haltung wie zur Zeit Nuri Es-Saids zu Israel ein.

In ungewöhnlicher Schärfe wies die „Stimme Israels“ diese Behauptungen des irakischen Rundfunks zurück. Die irakische Kampagne bezwecke lediglich, Panik in Jordanien zu verbreiten. Die ägyptische Propaganda habe die gleichen Mittel angewandt, bevor sich

## Günstiger Ost-West-Kontakt in Genf?

### Die Delegationen der drei Atomkräfte verhandeln über Kernwaffenversuche

Genf. (dpa) Die Delegationen der drei Atomkräfte treten bei ihren am Freitag begonnenen Besprechungen über die Möglichkeiten einer kontrollierten Einstellung der Kernwaffenversuche nunmehr in die Erörterung der grundsätzlichen Fragen ein. Die dicht verschlossenen und durch die strenge Schweizer Neutralität doppelt gesicherten Verhandlungsräume scheinen günstigere Ost-West-Kontakte zu ermöglichen als der wie eine Riesenschalldose wirkende UNO-Glaspalast in New York. Trotz der scharfen Worte, die in der letzten Woche in New York gewechselt wurden, lief die amerikanisch-britisch-sowjetische Konferenz geräuschlos an.

Im gleichen, in lichten dänischen Hölzern gehaltenen Konferenzraum im dritten Stock des „Palastes der Nationen“ — des ehemaligen Völkerbundpalastes —, in dem im Juli und August die Atomsachverständigen über die Möglichkeiten, Kernwaffenexplosionen zu kontrollieren, erfolgreich berieten, sitzen sich nunmehr der massige amerikanische Botschafter Wadsworth, sein zyklonenhafter, graumähiger sowjetischer Kollege Zarapkin und der betont kavaliersmäßig gepflegte Staatsminister aus der Foreign Office Ormsby-Gore gegenüber. Die vierte Seite des Konferenzsitzes nimmt der Abrüstungssachverständige und Stellvertreter Hammarskjölds,

der Inder Narayanan, mit seinem Stabe ein, der bereits im Sommer der Konferenz der Atomsachverständigen als Generalsekretär diente und nunmehr bei den Regierungsvertretern wieder die gleiche Aufgabe hat.

Härte in der Sache und Höflichkeit in der Form kennzeichnen die Verhandlungen. Wadsworth und Ormsby-Gore forderten am Freitag die Verwirklichung des von den Sachverständigen entworfenen internationalen Kontrollsystems und sein wirksames Funktionieren als Voraussetzung für weitere eigene Zugeständnisse, die über den einjährigen Versuchsstop hinausgehen sollten.

### Die Forderungen der Delegationen

Sie betonten zugleich zweierlei:  
1. dieser einseitige amerikanisch-britische Versuchsstop erfordere gleichartige Maßnahmen der Sowjets.

2. die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Schaffung eines Kontrollsystems könnten keine isolierte Einzelmaßnahme bleiben. Die USA und Großbritannien müßten die Kernwaffenversuche ebenfalls wieder aufnehmen, wenn die Sowjets im Anschluß an die Genfer Konferenz nicht zu einer wirksamen Abrüstungsmaßnahme bereit seien. Eine kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche stelle an sich noch keine Abrüstungsmaßnahme dar, wenn sie auch bedeutungsvoll für die Verbesserung der internationalen Atmosphäre sei.

Die Sowjets verlangten ihrerseits als erste Handlung die sofortige und dauernde Einstellung aller Kernwaffenversuche. Zum Abrüstungsproblem selbst schwiegen sie.

Sie überreichten aber in der sich an den öffentlichen Verhandlungsbeginn anschließenden Geheimniszettel sofort einen von Moskau mitgebrachten detaillierten Vorschlag für die endgültige Einstellung der Kernwaffenversuche.

Dieser Vorschlag wurde während des Wochenendes von der amerikanischen und britischen Delegation sorgfältig geprüft.

Auf Wunsch der sowjetischen Delegation hatte am Samstag am Sitz der ständigen amerikanischen Vertretung in Genf eine Aussprache der Delegationschefs stattgefunden, die der Erörterung von Verfahrensfragen gewidmet war.



Der erste weibliche Botschafter, der je im konservativen Spanien akkreditiert wurde, ist die Schwester des indischen Ministerpräsidenten Nehru, Frau Vijaya Pandit. Die 53jährige Diplomatin kam in diesen Tagen als Vertreterin nach Madrid und überreichte das Beglaubigungsschreiben ihrer Regierung dem spanischen Staatschef Franco im Madrider Palacio de Oriente. Als Botschafter hat Frau Pandit ihr Land bereits in der Sowjetunion vertreten und für lange Zeit wurde auch die indische Delegation bei der UNO von ihr geleitet. Unser dpa-Bild zeigt Frau Pandit in Begleitung des Chefs des spanischen Protokolls, Baron de las Terres, in der prunkvollen Staatskarosse auf dem Wege zu Franco.

## Das Persönliche in der Politik

Von Dr. Schulze-Vorberg

Das Interesse der breiten Öffentlichkeit richtet sich meist mehr auf die in der Politik handelnden Personen als auf die zu lösenden Probleme. Wenn sich auch beide, Personen und Probleme, letztlich nicht trennen lassen, so entzündet sich die Phantasie doch gern selbst an kleinen Personalien, am Fall Halbohm, am Fall Kilb, während unter sehr problematischer, nur mühsam ausgeglichener Bundeshaushalt für das Jahre 1959, der am Mittwoch vom Kabinett verabschiedet werden konnte, am Donnerstag durch Bundesfinanzminister Eitel der Öffentlichkeit übergeben wurde und also fristgerecht den gesetzgebenden Organen zugeleitet werden wird — während dieser Bundeshaushalt nur auf sehr viel geringere Aufmerksamkeit rechnen kann.

Wenn das Persönliche in der Politik das politisch Interessante ist, so wird es aus Bonn in der nächsten Zeit dazu einiges zu berichten geben, da zumindest drei sehr wichtige Ämter bald zu besetzen sind. Gesucht werden ein neuer Bundespräsident, ein Präsident für das Bundesverfassungsgericht und ein Wehrbeauftragter.

Um mit letzterem anzufangen: da ist nach der ablehnenden Antwort des Claus von Bismarck wieder einmal alles offen. Will man endlich zu einer vernünftigen und nicht zu einer Verlegenheitslösung kommen, dann sollten sich die verantwortlichen Abgeordneten im Bundestag noch einmal zusammensetzen und grundsätzlich prüfen, welche Persönlichkeiten für welche Aufgabe zu finden wäre. Will man einen politischen, einen gestaltenden Wehrbeauftragten, dann müßte man weiter nach einem politischen Gestalter, nach einem Klaus von Bismarck suchen, der im Endeffekt sogar zu einer Art zweitem, einem Anti-Verteidigungsminister wachsen oder wuchern könnte. Will man das nicht, und es scheint eindeutig, daß weder Minister Strauß noch Regierung und Regierungskoalition dazu Neigung zeigen, dann bleibt eine Lösung mehr nach schwedischem Vorbild, dann gilt es, einen erfahrenen, gerechten Mann zu finden, an den sich der Soldat in allen seinen Nöten wenden kann und der dann still, ohne Aufhebens, ohne Politik machen zu wollen, nach dem Rechten sieht. Hier wird eingewendet, ein solcher Wehrbeauftragter sei überflüssig, weil ja ohnehin jeder Soldat wie jeder Bürger jederzeit an das Parlament, auch an den Verteidigungsausschuß seine Sorgen schreiben könne. An dieser Argumentation ist etwas daran, aber wir sollten die Parlamentarier nicht mit solchen Einzelaufgaben belasten.

Für das höchste Richteramt gilt es einen Nachfolger für Josef Wintrich zu finden und da ist der Richter mit der besten Qualifikation gerade gut genug. Jede parteipolitische Überlegung, die in diesem Zusammenhang Gepflogen wird, ist von Übel. Man sollte in Ruhe abwarten, welcher Richter nach genauer Prüfung als der richtige erscheint.

Auch das höchste Amt in der Bundesrepublik ist schon bald, im nächsten Jahr, neu zu besetzen. Das Grundgesetz, das nur die einmalige Wiederwahl des Bundespräsidenten zuläßt, zwingt dazu. Es gab, gibt vielleicht noch Überlegungen, die Verfassung zu ändern, um dennoch eine zweite Wiederwahl zu ermöglichen. Eine Wiederwahl oder, so hört man auch, eine Verlängerung der Amtsperiode um ein oder zwei Jahre. Zweifellos würde man so des Zwanges entoben sein, schor jetzt, in diesen Wochen und Monaten einen Nachfolger für Professor Theodor Heuß zu suchen und zu finden. Gewiß keine leichte Aufgabe, aber um welchen Preis würde das geschehen? Eine Änderung der Verfassung für den Hüter der Verfassung. Das Verlangen nach der Änderung des Grundgesetzes vererbt. Also muß man einen Nachfolger suchen. Die CDU/CSU, die im Bundestag die absolute Mehrheit besitzt, und in der Bundesversammlung die den Präsidenten wählt,

Eine Besuchergruppe aus dem Landkreis Mühlendorf, unter ihnen mehrere Landbürgermeister und Kommunal-Politiker, besuchte am vergangenen Donnerstag die Bundeshauptstadt u. wurde am Vormittag mit dem Bundestags-Abgeordneten Josef Bauer von Bundeskanzler Dr. Adenauer empfangen. Am Abend des Vortags hatten die Besucher aus Mühlendorf den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Richard Stücklen, in ihrer Mitte. Abschluß des Aufenthalts in Bonn war am Donnerstag Abend nach einem Besuch des Bayernhauses ein kleines Abendessen, zu dem die Mühlendorfer Justizminister Schäffer geladen hatten. Verteidigungsminister F. J. Strauß, der wegen dienstlicher Beanspruchung nicht kommen konnte, sandte ein Grußtelegramm. Unser Bild zeigt die Besucher aus dem Landkreis Mühlendorf beim Empfang im Palais Schaumburg, in der Mitte der Bundeskanzler, links daneben Bürgermeister Michael Jakob Oberniedermaier aus Erharting im Landkreis Mühlendorf, der Dr. Adenauer im Namen der Mühlendorfer Besucher dankte. Ganz links Dr. Max Schulze-Vorberg, der den Empfang beim



Beim Empfang im Palais Schaumburg, in der Mitte der Bundeskanzler, links daneben Bürgermeister Michael Jakob Oberniedermaier aus Erharting im Landkreis Mühlendorf, der Dr. Adenauer im Namen der Mühlendorfer Besucher dankte. Ganz links Dr. Max Schulze-Vorberg, der den Empfang beim